
movum

Wachstum

THEORIE:
SCHRECKGESPENST TTIP
von Dietrich Jörn Weder

PRAXIS:
**„WIR BRAUCHEN EIN SELEKTIVES,
SOZIALES WACHSTUM“**
Interview mit Klaus Dörre

GRAFIK:
DAS ENDE DES WACHSTUMS



Welzer, H.; Giesecke, D.; Tremel, L. (Hrsg.): Futurzwei Zukunftsalmanach 2015/16. Fischer Taschenbuch, Frankfurt a. M. 2015
Das 21. Jahrhundert braucht Geschichten von besseren Lebensstilen und einer gelingenden Zukunft. Der zweite Zukunftsalmanach der Stiftung „Futurzwei“ zeigt, dass erfolgreiche Projekte schon heute vormachen, wie eine zukunftsfähige Gesellschaft funktionieren könnte. Er stellt 83 gelebte Gegenentwürfe zur Leitkultur des Wachstums und der Verschwendung vor. Es geht um Rohstoffgewinnung, Abfall, Güterproduktion oder Hyperkonsum. Porträtiert werden Menschen, deren Ideen zunächst belächelt wurden, die auf Hindernisse und Widerstände stießen, doch Wegweisendes schafften und viele inspirierten.



Forschungswende. Wissen schaffen für die Große Transformation. Politische Ökologie, Band 140. Oekom, München 2015
Wie müssen sich Forschungsinhalte und das Hochschulsystem ändern, damit die Wissenschaft ihrer gesellschaftlichen Verantwortung besser gerecht werden kann? Die AutorInnen der neuen Ausgabe von „Politische Ökologie“ fordern eine Wissenschaft, die disziplinäre Grenzen überwindet, lebensnahe Schwerpunkte in der Forschung und der Lehre setzt und mit Politik und Zivilgesellschaft an einem Strang zieht. Und sie beleuchten Nischen, in denen das heute schon passiert. Zu den AutorInnen zählen der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger und Uwe Schneidewind, Präsident des Wuppertal-Instituts für Klima, Umwelt und Energie.



Einkardt, F.: Jahrhundertaufgabe Energiewende. Ein Handbuch, Ch. Links, Berlin 2014
Einen großen Bogen von der ethischen Verantwortung für Klimaschutz bis zu den Defiziten der aktuellen Gesetzgebung schlägt Felix Einkardt, Leiter der Forschungsstelle Nachhaltigkeit an der Uni Rostock. Zu Stichworten wie Emissionshandel, Suffizienz, Landnutzung und Lebensstil liefert er einen Überblick zu wichtigen Aspekten des nötigen Wandels – hin zu einer Gesellschaft, die ihre Ressourcen schont. Mit der bisherigen Energie- und Klimapolitik geht er hart ins Gericht. Einkardt fordert einen umfassenderen Ansatz für die Energiewende, einschließlich weitreichender Verhaltensänderungen vor allem in den Industrieländern.



Latouche, S.: Es reicht! Abrechnung mit dem Wachstumswahn. Oekom, München 2015
Serge Latouche, der Pionier der wachstumskritischen Décroissance-Bewegung in Frankreich, liebt deutliche Worte. „Degrowth oder Barbarei“ ist für ihn aber nicht nur ein Schlachtruf. Latouche liefert eine ausführliche Erklärung für seine Grundsatzkritik an der heutigen Art zu wirtschaften, die für ihn in mehrfacher Hinsicht unfair und unsinnig ist. Seine Abrechnung mit vielen beliebigen Ausreden des bürgerlichen Lebens – auch denen mit grünem Anstrich – erzeugt keinen Fatalismus, sondern Lust auf die Wachstumswende. Genau diese Art von Wachrütteln könnte es sein, die in den deutschsprachigen Ländern heute nötig ist.



BUND FÜR UMWELT UND NATURSCHUTZ DEUTSCHLAND

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) ist mit über 500.000 Mitgliedern und UnterstützerInnen der große Umweltverband Deutschlands. Seit 40 Jahren engagiert er sich erfolgreich für mehr Klimaschutz, gesunde Lebensmittel, eine bäuerliche

Landwirtschaft, artgerechte Tierhaltung und für den Schutz der Natur. Der BUND denkt über den Tag hinaus – was vor allem seine große Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ unterstreicht, die er zusammen mit Brot für die Welt und Evangelischem

Entwicklungsdienst herausgegeben hat. Der Verband ist mit 16 Landesverbänden und über 2.000 Orts- und Kreisgruppen im ganzen Land aktiv und erreichbar. Der BUND ist Mitglied des mit über 70 Organisationen weltweit größten Umweltnetzwerks Friends of the Earth.

www.bund.net

Die Herausgeber (BUND, Deutsche Umweltstiftung, EuroNatur, FÖS, NaturFreunde und Die Transformateure) und andere Akteure der Transformation stellen sich an dieser Stelle im Wechsel vor.

Debatten zu den Themen dieser Ausgabe unter:
www.Briefe-zur-Transformation.de

VERANSTALTUNGEN

30. April 2015:

Tagung "Start der Reallabore für den Wandel zur Nachhaltigkeit in Baden-Württemberg", Staatliche Akademie der Bildenden Künste Stuttgart
mwk.baden-wuerttemberg.de

8. bis 10. Mai 2015:

FÖS-Jahrestagung "Der Königsweg zur Senkung von Energieverbrauch und Energiekosten", Evangelische Akademie Loccum
www.foes.de

12. und 13. Mai 2015:

Internationale Konferenz "Bonn Conference for Global Transformation 2015", World Conference Center Bonn
www.bonn-conference.net

31. August bis 4. September 2015:

Sommerakademie "Nach dem Wachstum", Reckentin (Brandenburg)
www.voeoe.de



Foto: Nick Reimer

TTIP und Wachstum

Von Hubert Weiger, Vorsitzender des BUND

Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze vor allem für die Exportnation Deutschland – das prophezeien Befürworterinnen und Befürworter des Handelsabkommens TTIP, das die EU und die USA derzeit aushandeln. Doch das Wachstumsargument von TTIP ist mehr als nur fragwürdig, wohingegen das Abkommen viele negative Auswirkungen für Mensch und Umwelt zu bringen droht.

Das Ziel von TTIP ist es, Hemmnisse für den transatlantischen Handel so umfassend wie möglich abzubauen. Märkte sollen für Konzerne weitestgehend geöffnet und dereguliert werden. Dabei drohen Regeln und Gesetze zum Schutz von Mensch und Umwelt als Handelshemmnis abgestempelt zu werden und wirtschaftlichen Profitinteressen zum Opfer zu fallen.

Prognosen zur Wirtschaftsentwicklung und zur Schaffung von Arbeitsplätzen durch Handelsabkommen sind schwierig – zu viele unbekannte Faktoren und mögliche Szenarien beeinflussen die Zahlen. Zu entsprechend unterschiedlichen Ergebnissen kommen Studien, so auch bei TTIP. Die Studie, auf die sich die EU-Kommission stützt, errechnet für TTIP ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in der EU von 0,03 Prozent pro Jahr – das ist verschwindend gering. Dagegen kommt eine Studie der US-amerikanischen Tufts University zu dem Ergebnis, dass es in der Folge von TTIP in der EU sowohl zu Verlusten von Exporteinnahmen als auch von Arbeitsplätzen kommen wird.

Unabhängig von den Prognosen zeigen Erfahrungen etwa mit dem Handelsabkommen Nafta zwischen Mexiko, Kanada und den USA, dass durch Freihandelsabkommen in der Regel lediglich bestimmte Exportbranchen profitieren. So kam es im Zuge von Nafta in Mexiko zwar zu einem leichten Zuwachs an Exporten, dagegen gerieten Löhne unter Druck, wodurch das Lohnniveau sank. Selbst wenn es also durch TTIP zu mehr Wirtschaftswachstum kommen sollte, ist die Frage zu stellen, wer von diesem Wachstum tatsächlich profitiert und auf wessen Kosten es geschaffen wird.

Es ist abzusehen, dass durch TTIP in erster Linie große, exportorientierte Konzerne profitieren. Sie würden durch

das Abkommen mehr Rechte und Einflussmöglichkeiten auf die politische Entscheidungsfindung erhalten. Dagegen ist zu befürchten, dass TTIP hohe Arbeitsstandards und die Rechte von ArbeitnehmerInnen gefährdet. So haben die USA nicht alle acht internationalen Kernarbeitsnormen ratifiziert. Beispielsweise haben die USA Normen nicht in Kraft gesetzt, die Grundlagen für gewerkschaftliche Aktivitäten und Tarifverhandlungen garantieren. Zu befürchten ist: Durch den Abbau weiterer Handelsschranken und den zunehmenden Wettbewerbsdruck durch TTIP werden die schlechteren und im Zweifel billigeren Standards die höheren und teureren vom Markt verdrängen.

Auch Demokratie und Rechtsstaat, Umwelt- und Verbraucherschutz sind durch TTIP bedroht. Die EU-Kommission betont zwar, dass es durch das Abkommen nicht zu einem Abbau von hohen Standards zum Schutz von Mensch und Umwelt kommen werde. Doch etliche Dokumente zeigen, dass sensible Bereiche wie die Lebensmittelsicherheit durch TTIP zur Debatte stehen.

Ein Beispiel ist der Bereich Gentechnik im Vertragstext des Ceta-Abkommens zwischen der EU und Kanada, das als Blaupause für TTIP gilt. Hier hat die EU-Kommission entgegen allen Beteuerungen, dass die hiesigen Standards zur Gentechnik nicht angetastet würden, weitgehende Zugeständnisse gemacht, die es ermöglichen könnten, die EU-Gesetzgebung auszuhebeln. Gentechnisch veränderte Lebensmittel könnten dann ohne Kennzeichnung auf den europäischen Markt gelangen.

Wenn wir TTIP ablehnen, geht es nicht um eine allgemeine Ablehnung von Handel. Es spricht nichts dagegen, fair und umweltverträglich erzeugte Produkte über transparente Handelswege in der Welt auszutauschen. Dafür bedarf es aber höherer statt verwässerter Standards für Umwelt, VerbraucherInnen und Beschäftigte sowie klare Regeln für global tätige Konzerne. Mit seiner Liberalisierungs- und Deregulierungsagenda schlägt TTIP genau den entgegengesetzten Weg ein. Wirtschaftliche Profitinteressen von einigen wenigen drohen durch TTIP eine Politik zum Schutz von Mensch und Umwelt auszubremmen.

SCHRECKGESPENST TTIP

Text: DIETRICH JÖRN WEDER

Wer wie ich noch keinen Aufruf gegen das Transatlantische Freihandelsabkommen TTIP unterschrieben hat, der muss sich allmählich vorkommen wie einer, der im Gottesdienst das Glaubensbekenntnis nicht mitspricht. Aber wollen Sie einen Artikel von einem Autor lesen, der unbesehen noch einmal kräftig auf die bereits vielgerührte Pauke der Ablehnung haut?

Zugegeben: Ich fürchte mich weder vor in Chlorbrühe getauchte Hähnchen noch habe ich Angst vor hormonbelastetem Fleisch aus den USA. Jeder achtsame, umweltbewusste Verbraucher kann beides meiden, wenn die Importware entsprechend eindeutig gekennzeichnet ist. Eine unübersehbare Kennzeichnung ist freilich das A und O, damit dem europäischen Verbraucher nicht Ungewolltes untergeschoben wird.

VERMEIDBARE VERFÜHRUNG DER VERBRAUCHER

Nicht ganz fernhalten von uns werden Umwelt- und Verbraucherschützer die Verführung durch gentechnische Lebensmittel, wenn diese demnächst erlaubterweise auch aus EU-Ländern kommen. Nur wer Lebensmittel aus natur- und tiergerechter Landwirtschaft prinzipiell bevorzugt, geht den Gen-Panschern und der artwidrigen Massentierhaltung nicht auf den Leim. Bis ich für diesen Artikel zu recherchieren begann, wusste ich nicht, dass die Vorschriften für die Herstellung ökologisch erzeugter Lebensmittel diesseits und jenseits des Atlantiks bereits nahezu vollständig harmonisiert sind. Wählt man „öko“, bewegt man sich auf beiden Seiten des großen Teichs sicher im grünen Bereich.

Kann auch bei uns alles auf den Tisch kommen, was den US-Amerikanern vorgesetzt wird, wird darunter in erster Linie nicht der achtsame Verbraucher, sondern die kleinteilige europäische Landwirtschaft leiden, und über sie schließlich auch die Umwelt. In den Vereinigten Staaten werden nur noch rund zwei Millionen landwirtschaftliche Betriebe gezählt, während in der EU noch 13 Millionen kleine und große Bauern Brüsseler Zuwendungen erhalten, darunter allein fast vier Millionen sich selbst versorgende rumänische Kleinbauern. Die bewirtschaftete Hoffläche ist in den USA durchschnittlich 15-mal größer als in der EU. Damit ist schon beinahe alles über die Richtung der Reise gesagt, auf die wir uns mit einem freizügigen transatlantischen Agrarhandel begeben.

Gerade die deutschen Bauern haben allerdings keinen Grund, sich klein und schön zu machen und auf die transatlantischen Kollegen mit Fingern zu zeigen. Die Hälfte der von Kühen in Deutschland gespendeten Milch geht wie auch immer verarbeitet über die Grenze in alle Welt. Schweinefleisch liefern deutsche Züchter bis nach Vietnam, so billig sind sie. „Deutschland ist ein hervorragender Standort für die Landwirtschaft“, sagt mein landwirtschaftlich vorgebildeter und kundiger Journalisten-Kollege Michael Schlag.

Mögen sich die Weizenfelder der Farmer im Mittleren Westen der USA auch horizontweit dehnen, können EU-Großbauern auf einem ordentlichen Stück Land doch mit der US-Konkurrenz mithalten, denn ihre Hektarerträge sind durch intensive Bewirtschaftung gerne mehr als doppelt so hoch. Nur in der Tierhaltung

seien die Amerikaner viel wettbewerbsfähiger, sagt der Agrarwissenschaftler und Landwirt Felix zu Löwenstein.

In ihren Ställen im US-Staat Indiana hat allein die Fair Oaks Farm insgesamt 37.000 Kühe zu stehen, in Ställen so ausgedehnt, dass Besucher mit Bussen durch sie gefahren werden. Selbst für Nordamerika ein Superlativ! Noch mehr staunen oder auch sich schütteln würde ein Besucher aus Europa, wenn man ihm die sogenannten „Feedlots“ in den Great Plains von Colorado zeigte, Mastgehege unter freiem Himmel, in denen Bullenkälber durch ein Übermaß an hineingestopftes Superkraftfutter in drei bis vier Monaten auf ein Schlachtgewicht gepusht werden, für das sie auf der Weide drei Jahre bräuchten. Auf wenigen umzäunten Quadratmetern drängen sich in ihrem Dreck und Elend bis zu 225.000 Tiere gleichzeitig. Himmelschreiend grauenhaft und wahrscheinlich unschlagbar billig.

BRAUCHEN WIR WIRKLICH NOCH MEHR VOM GLEICHEN?

Ein Freihandelsabkommen ist nicht dazu da, den Partner in Sachen Ökologie und Ethik Nachhilfe zu erteilen. Doch allzu viel Missachtung des Tierwohls sollte man dem Konkurrenten nicht durchgehen lassen. Die US-Vorschriften für Tiertransporte stammen kaum verändert aus dem Jahr 1873. Für die Aufzucht von landwirtschaftlichen Nutztieren gibt es keine Bundesgesetze. Die große Mehrheit der Bundesstaaten erlaubt die Haltung der Tiere auf so engem Raum, dass sich das arme Vieh nicht einmal um sich selbst drehen kann.

Der Handel mit landwirtschaftlichen Produkten macht gerade einmal fünf Prozent des gesamten Warenaustausches zwischen der EU und den Vereinigten Staaten aus, das liegt weit unterhalb der Möglichkeiten, die es gäbe, wenn man beim Umwelt- und Verbraucherschutz ein paar Augen zudrückte. Aber warum sollte man? Nur, damit Nahrungsmittel, die es auch in unserer Nähe gibt, auf weiten Wegen zulasten des Klimas ein wenig billiger zu uns kommen? Da halten wir es doch lieber mit Goethe: „Warum in die Ferne schweifen? Sieh, das Gute liegt so nah!“

So wichtig die Landwirtschaft auch für die Gesundheit von Mensch und Natur sein mag, verdienen wir Deutsche unser Geld doch ganz überwiegend in anderen Erwerbszweigen. Und nur, weil wir im Export immer Weltmeister oder Vize-Weltmeister sind, können wir uns übrigens eine Energiewende leisten, die sich kein anderer Staat unserer Größenordnung bisher zugetraut hat. Zu dieser unserer wirtschaftlichen Stärke tragen die Vereinigten Staaten von Amerika nennenswert bei.

Im Handel mit keinem anderen Land erzielten wir im vergangenen Jahr einen höheren Einnahmenüberschuss, es waren stattliche



Enge Jahresringe sind in unseren Breiten ein Zeichen für langsames Wachstum eines Baumes. Das Holz ist entsprechend härter und wertvoller.

Bild: Fotoschab | Dreamstime.com, Design: Adrien Tasic

47 Milliarden Euro. Zölle waren dabei kein erhebliches Hemmnis. Eine durchschnittliche Zollbelastung von fünf Prozent hinderte deutsche Autohersteller jedenfalls nicht daran, über 600.000 Personenwagen aus hiesiger Produktion über den großen Teich in die USA zu verschiffen. Braucht es noch mehr von dem Gleichen? Selbst wenn deutsche Importwagen dank TTIP auch mit gelben Blinklichtern statt der dort üblichen roten Zeichengeber über die US-Highways fahren dürften, wäre dies doch nur ein Fettauge mehr.

„Es wird noch viel Wasser die Leine herunterfließen, bis ein Freihandelsabkommen mit den USA unter Dach und Fach ist“, prophezeit der TTIP-Berichtersteller des Europarlaments, der in Niedersachsen beheimatete SPD-Abgeordnete Bernd Lange. Auf Wachstum und Beschäftigung werde es lediglich „homöopathische“ Wirkung entfalten. Diese würde dann wohl eher bei den bescheidenen 28.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen in Deutschland liegen, die der Ifo-Außenhandlungsspezialist Gabriel Feldmayr im minderen Fall dem Abkommen zutraut, als bei den üppigen 545 Euro Jahreszugewinn pro EU-Familie, die die EU-Kommission hoffnungsvoll für möglich hält.

Dank des wirkungsvoll lauten Trommelns von TTIP-Gegnern gegen eine Aufweichung europäischer Schutzstandards weiß die EU-Kommission ziemlich genau, wo die „roten Linien“ für Zugeständnisse an die US-Amerikaner liegen. Sie wird sie, sagt der Europaabgeordnete Jakob von Weizsäcker, nicht überschreiten, um nicht der Zustimmung des Europäischen Parlaments verlustig zu gehen. TTIP wird nicht als Trojanisches Pferd mit einem Bauch voller Ungemach durch die Tore der EU einfahren. Dafür sitzen inzwischen zu viele aufmerksame Wächter auf den Zinnen.

EIN POLITISCH TIEF GESPALTENER PARTNER

Warum wollen die politischen Promoter eines Abkommens gleichwohl von ihrem mühseligen Vorhaben nicht lassen? Man wolle, so hört man in Brüssel, gemeinsam mit den USA vor allem im technischen Bereich die Standards setzen, denen die übrige Welt zu folgen genötigt ist, und das nicht anderen überlassen. Die EU hat es allerdings mit einem Partner zu tun, der im vorsorgenden Verbraucher- und Umweltschutz sowie im Sozialbereich schon heute beträchtlich hinterherhinkt und dessen politische Lager zutiefst uneinig sind, in welche Richtung die Reise gehen soll.

Die eine Hälfte der Bevölkerung, vertreten durch die Republikaner, hält schon eine gesetzliche Krankenversicherung und umso mehr die deutsche Mitbestimmung für den halben Weg zum Sozialismus. Eisern hält diese Richtung an der Todesstrafe ebenso fest wie an dem Jedermann-Recht, Waffen zu tragen. Den Klimawandel leugnet sie, um sich auf Klimaschutz nicht einlassen zu müssen. Die Vereinigten Staaten von Amerika sind in vieler Hinsicht ganz anders und politisch tief gespalten. Weite gemeinsame Wege in eine nachhaltige Zukunft wird man mit diesem Partner nicht gehen können.

Dietrich Jörn Weder, Journalist und Autor, zuvor leitender Umweltredakteur des Hessischen Rundfunks



POSTWACHSTUM – KERN DER GROSSEN TRANSFORMATION

Text: IRMI SEIDL UND ANGELIKA ZAHRT



Bei schnell wachsenden Bäumen haben die Jahresringe einen größeren Abstand. In der Forstwirtschaft wurde im 18. Jahrhundert der Nachhaltigkeitsbegriff entwickelt – als von globalen Wachstumsgrenzen noch niemand etwas ahnte.

Der Beginn der modernen Wachstumsgesellschaft kann auf das 17. oder 18. Jahrhundert datiert werden. Zwei einschneidende Ereignisse im 17. Jahrhundert waren die Gründung der Ostindischen Handelskompagnie, der ersten Publikumsaktiengesellschaft, 1602 in Amsterdam und die Gründung der Bank of England 1694 – der Beginn der Geldschöpfung und der Herausgabe von Banknoten.

Ab dem 18. Jahrhundert lösten die Dampfmaschine von James Watt und die damit mögliche effiziente Kohlenutzung neben weiteren technischen Erfindungen die industrielle Revolution aus. Allerdings waren die früheren Wachstumsphasen noch bescheiden. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg führten Wiederaufbau, billiges Erdöl und das „fordistische Konsummodell“ ab den 1950er Jahren zu bis dahin unbekannt hohen Wachstumsraten. Das veränderte die Lebensbereiche der breiten Massen grundlegend.

Seither meinen viele, Wachstum sei quasi natürlich und Einbrüche könnten durch Gesetze überwunden werden. Trotz allem: seit den 1970er Jahren sinken die Wachstumsraten.

Die Gründe sind vielfältig. Zum demografischen Wandel kommt die Sättigung mit Konsumgütern und öffentlicher Infrastruktur. Innovationen mit großem Wachstumspotenzial bleiben aus, die Wachstumsraten in der Produktivität nehmen ab – auch weil der Dienstleistungssektor ausgeweitet wird –, die private und öffentliche Verschuldung ist hoch. Hinzu kommen hohe Rohstoffpreise und steigende Kosten der Ressourcengewinnung sowie für die Reparatur ökologischer Schäden

AUSGEWACHSEN – VORHERGESEHEN?

Dabei war die Entwicklung absehbar. Der einflussreiche britische Ökonom John Maynard Keynes sagte schon im Jahr 1943 drei Phasen wirtschaftlicher Entwicklung für die Nachkriegszeit voraus. Die erste Phase sollte durch hohe Investitionen in Infrastruktur und Produktionsanlagen geprägt sein, in der zweiten Phase sollten nur noch wenig Neuinvestitionen nötig sein und in einer dritten Phase – von Keynes als goldenes Zeitalter bezeichnet – würden nur mehr Ersatzinvestitionen anfallen. Ein großer Anteil der Wertschöpfung gehe dann in den Konsum, so der Wirtschaftswissenschaftler. Es sei ein kluger Konsum zu fördern und ein Teil des unerwünschten Überflusses durch mehr Freizeit, längere Ferien und kürzere Arbeitszeiten zu absorbieren, folgerte Keynes.

Ähnliche Überlegungen stellte Ludwig Erhard an, der deutsche Wirtschaftsminister und Bundeskanzler während des Wiederaufbaus. 1957 schrieb er in seinem viel beachteten Buch „Wohlstand für Alle“:

„Mit steigender Produktivität und mit der höheren Effizienz der menschlichen Arbeit werden wir einmal in eine Phase der Entwicklung kommen, in der wir uns fragen müssen, was denn eigentlich kostbarer oder wertvoller ist: Noch mehr zu arbeiten oder ein bequemeres, schöneres und freieres Leben zu führen, dabei vielleicht bewusst auf manchen güterwirtschaftlichen Genuss verzichten zu wollen. Ich glaube jedoch, dass wir ‚so weit‘ noch nicht sind. Es wird wohl noch einige Zeit vergehen, bis wir uns mit dieser Frage ehrlich auseinanderzusetzen reif sind.“

Die Idee der ökologischen „Grenzen des Wachstums“ tauchte erstmals 1972 in dem gleichnamigen Buch von Donella und Dennis Meadows und ihren Mitautoren auf. Sie zeigten mit

Computersimulationen, dass der wachsende Verbrauch von Ressourcen und die steigende Umweltbelastung, das Bevölkerungswachstum und das Aufholen der Entwicklungsländer die wirtschaftliche Produktion im 21. Jahrhundert einbrechen lassen würden. Die heutigen Entwicklungen bewegen sich auf dem im Buch als *business as usual* angenommenen Pfad.

AUSGEWACHSEN – NOCH NICHT EINGESEHEN?

Obwohl seit Erhards Buch fast 60 Jahre vergangen sind, wir in Keynes' dritter Phase sein dürften und sich gleichzeitig die ökologischen Krisen verschärfen, glauben unsere Gesellschaften und vor allem die Politik an die unbegrenzte Fortsetzung des Wachstums. Sie halten an seiner Wünschbarkeit und Machbarkeit fest und sehen darin die einzige zukunftssträchtige Strategie. „Ohne Wachstum ist alles nichts“, meint Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Konsequenterweise hat ihre Regierung die ökologisch widersinnige Abwrackprämie zur „Wachstumsbelebung“ beschlossen und in Brüssel erfolgreich Druck für niedrigere CO₂-Grenzwerte für Automobilflotten gemacht, um die deutschen Autobauer zu stärken. Die Bundesregierung torpediert und verschleppt die Reform des unwirksamen EU-Emissionshandels, weil sie wachstumshemmend sein könnte. Sie treibt die Freihandelsabkommen TTIP und Tisa vor allem mit Wachstumsargumenten voran – die weit verbreiteten ökologischen und sozialen Bedenken betrachtet sie als lästige Störung. Neuerdings kommt wieder Public-private-Partnership (PPP) aufs Tapet, um mit privatem Geld milliarden-schwere Investitionsprogramme anzuschließen und dabei die öffentlichen Kassen zu schonen – wobei die Nutzungskosten und der Kapitaldienst sozialisiert werden.

GRÜNDE FÜR DIE WACHSTUMSORIENTIERUNG

Wieso ist Wachstum für Politik und Wirtschaft ein so wichtiges Ziel? Und das, obwohl zahlreiche Hoffnungen, die damit verbunden sind, nicht mehr erfüllt werden? Man hofft auf die Schaffung von Arbeitsplätzen, aber allein um den gegenwärtigen Beschäftigungsstand zu halten, braucht es eine Wachstumsrate von einem bis 1,5 Prozent, weil der technische Fortschritt stetig Arbeitsplätze einspart. Mit Wirtschaftswachstum sollen aber auch noch die sozialen Sicherungssysteme erhalten, der Wohlstand erhöht, die Staatsverschuldung abgebaut und soziale Ungleichheiten verringert werden. Dies erweist sich immer mehr als Illusion. Weshalb also wird trotzdem am Wachstum festgehalten?

Eine wesentliche Erklärung ist: Weil die Sozialsysteme, die Unternehmen, der Finanzsektor, der Arbeitsmarkt, die Konsumindustrie (und auch der und die Einzelne) auf konstantes Wachstum ausgerichtet sind. Diese Systeme und Institutionen entstanden in den 1950er und 1960er Jahren – in der Zeit des starken Wirtschaftswachstums und des verbreiteten Glaubens, das Wachstum halte für immer an. Dadurch geprägt, wurden sie wachstumsabhängig

gestaltet. Bleibt das Wachstum aus, geraten sie in eine existenzielle Krise, die zu politischen und sozialen Unruhen führen kann. So eine Situation will jede Politik verhindern. Dabei greift sie auf bekannte Lösungsansätze zurück – auch dann noch, wenn sie wirkungslos sind.

DIE POSTWACHSTUMSGESELLSCHAFT VORBEREITEN

Die ausbleibende Neuorientierung der Politik lässt sich mit einer Theorie des Politologen John Kingdon erklären. Demnach ändert sich die Politik erst dann, wenn ein öffentliches Bewusstsein und gleichzeitig auch Lösungen für ein Problem vorhanden sind. Ein Beispiel: Der Ausstieg aus der Atomenergie und der Einstieg in die Energiewende waren nur möglich, weil es ein breit verankertes Bewusstsein über die Gefahren der Atomkraft und über die Notwendigkeit einer anderen Energieversorgung gab und weil gleichzeitig Erfahrungen mit erneuerbaren Energien gesammelt worden waren.

Das Beispiel zeigt: Die Herausforderung für den Übergang in eine „Postwachstumsgesellschaft“ besteht darin, zwei Dinge gleichzeitig zu tun. Zum einen ist eine breite öffentliche Diskussion über das Ende der Wachstumsgesellschaft in den Industriestaaten zu führen. Zum anderen geht es um die Umgestaltung von einzelnen wachstumsabhängigen Bereichen in wachstumsunabhängige. Dazu sind Vorschläge, Praxisbeispiele und Erfahrungen zu finden, zu fördern und in Projekte umzusetzen.

Auf dieser Basis kann dann auch die Politik von ihrer Wachstumsfixierung abrücken. Dafür gibt es schon mehr Ansatzpunkte, als vielen bewusst ist. Man denke an die Verringerung der Arbeitszeit und die Stärkung von Strukturen für die Eigenarbeit und das informelle Engagement. Auch ressourcenleichte und lokal verankerte Lebensstile lassen sich direkt und indirekt fördern, ebenso wachstumsneutrale Unternehmen und das Wiedererstarken der Genossenschaftsform. Zahlreiche Projekte der lokalen und regionalen Ökonomie und des gemeinschaftlichen Wirtschaftens warten auf Unterstützung und Verbreitung: Regionalwährungen, Sharing- und Tauschnetze, Urban Gardening. Ebenso die neue Repair-Bewegung und der Widerstand gegen geplante Obsoleszenz und Wegwerfproduktion. Reformansätze, die Vorsorge und Eigeninitiative stärken, gibt es auch im Gesundheitssystem oder beim immateriellen Austausch zwischen den Generationen, zum Beispiel in Wohnprojekten. Nicht zuletzt gehört eine ökologische Finanzreform wieder auf die Tagesordnung.

Eine Postwachstumsgesellschaft ist nicht rückwärtsgewandt und bedeutet keine Stagnation, im Gegenteil ist sie zukunftsorientiert und dynamisch. Um die Postwachstumsgesellschaft auf den Weg zu bringen, braucht es viele soziale und technische Innovationen, Kreativität, Einfallsreichtum, Bereitschaft zum Wandel und Partizipation. Dieser Wandel muss Kern der „Großen Transformation“ sein.

Irmi Seidl, Umweltökonomin
an der Eidgenössischen
Forschungsanstalt WSL

Angelika Zahrt, System-
Analytikerin, ehemalige Vorsit-
zende des Umweltverbandes BUND



Beide sind Herausgeberinnen von „Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft“ (2010). www.postwachstum.de

DAS ENDE DES WACHSTUMS

ODER

DER IRRTUM DER RAUPE

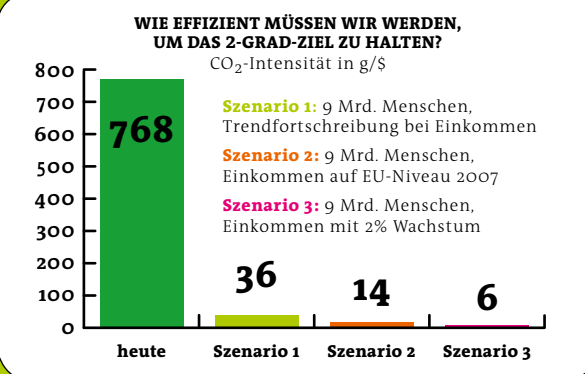
MOVUM AUSGABE 5 "WACHSTUM", WWW.MOVUM.INFO

Konzeption: KAI NIEBERT
Umsetzung: KALISCHDESIGN.DE

Raupen haben nur ein Ziel: fressen und wachsen. Der Kapitalismus verhält sich wie eine Superraupe: Die Wirtschaftskraft soll nicht nur steigen, sondern das Wachstum selbst soll immer größer werden. Die Raupe bemerkt irgendwann, dass weiteres Wachstum nichts bringt, verpuppt sich und führt ein ressourcenleichtes Leben als Schmetterling. Der Kapitalismus muss seinen Irrtum wohl erst noch bemerken.

HÖHE DES CO₂ AUSSTOSSES = BEVÖLKERUNGSZAHL + EINKOMMEN + TECHNOLOGIE

BEVÖLKERUNGSZAHL
EINKOMMEN
TECHNOLOGIE

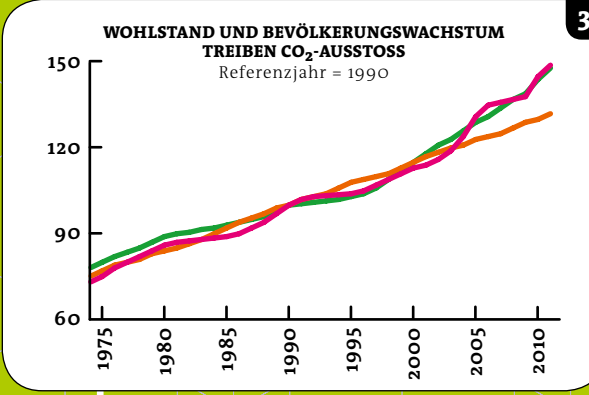
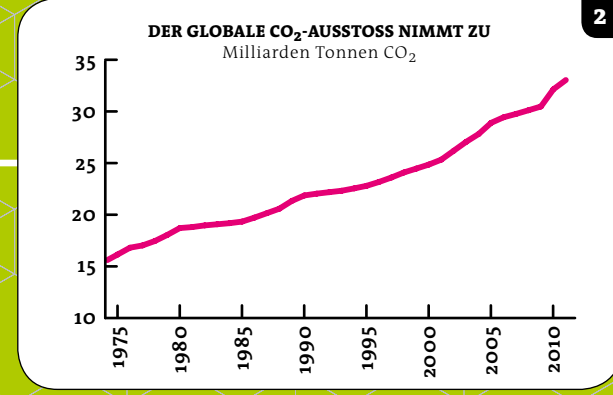
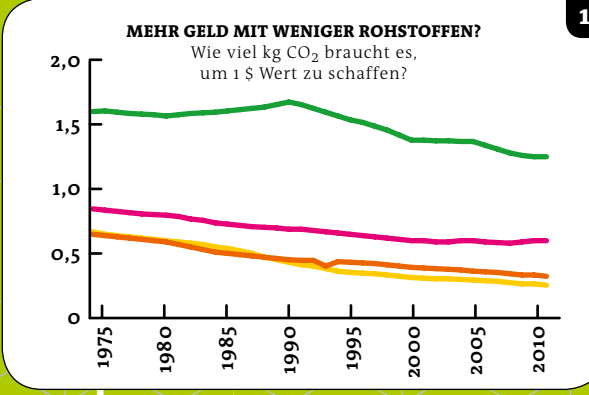


GRENZEN DER EFFIZIENZ

Umweltbelastungen hängen von drei Faktoren ab, der Anzahl der Menschen, dem Wohlstand und der Technologie. Um die globale Erwärmung bei 2°C zu bremsen, müsste die derzeitigen Trends fortschreibend unsere Effizienz jährlich um 7% steigen.

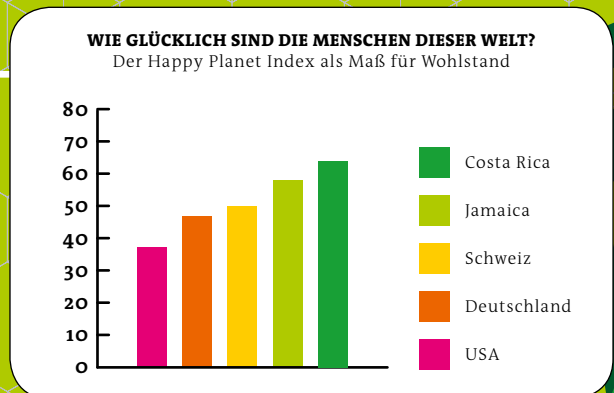
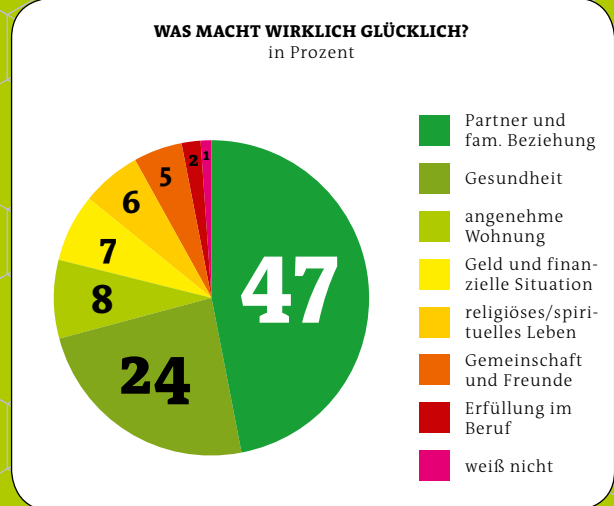
Das Problem: (1) Wachsen die Einkommen weltweit auf EU-Niveau? (2) muss die Effizienz um 9% pro Jahr wachsen, bei einer gerechteren Einkommensverteilung (3) sogar um 11%. Zum Vergleich: Heute wächst die Effizienz jährlich um 0,7%.

Welt
Deutschland
OECD total
Nicht-OECD total

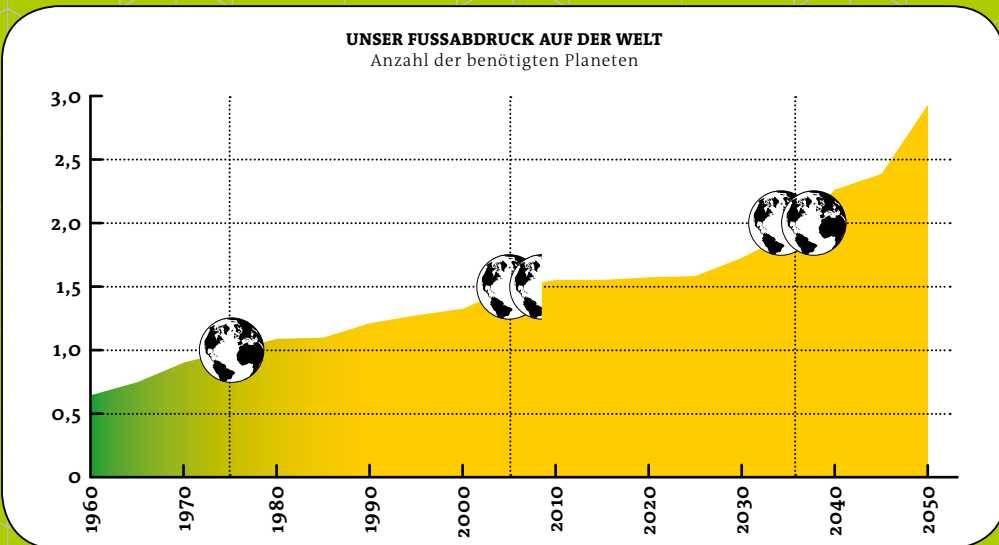


DER MYTHOS ENTKOPPLUNG

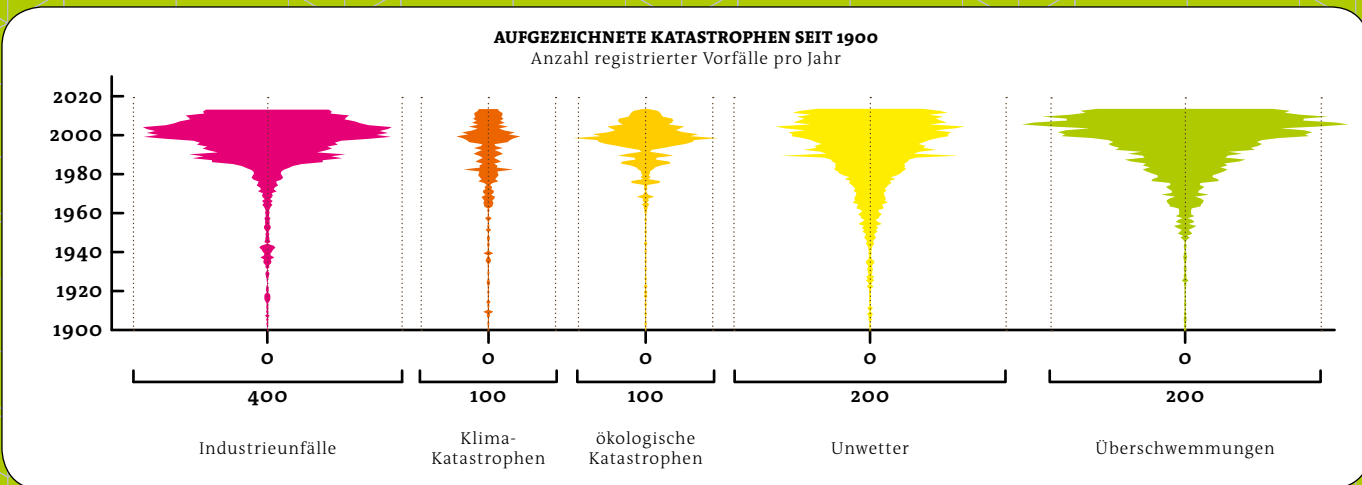
(1) Die nötige Menge des CO₂, um 1 \$ Wohlstand zu produzieren, sinkt. Doch gleichzeitig steigen die CO₂-Emissionen weiter an (2) Woran liegt das? Die Effizienzrevolution ist notwendig, aber hat Grenzen: Wachsender Wohlstand und immer mehr Menschen treiben die CO₂-Emissionen an (3).



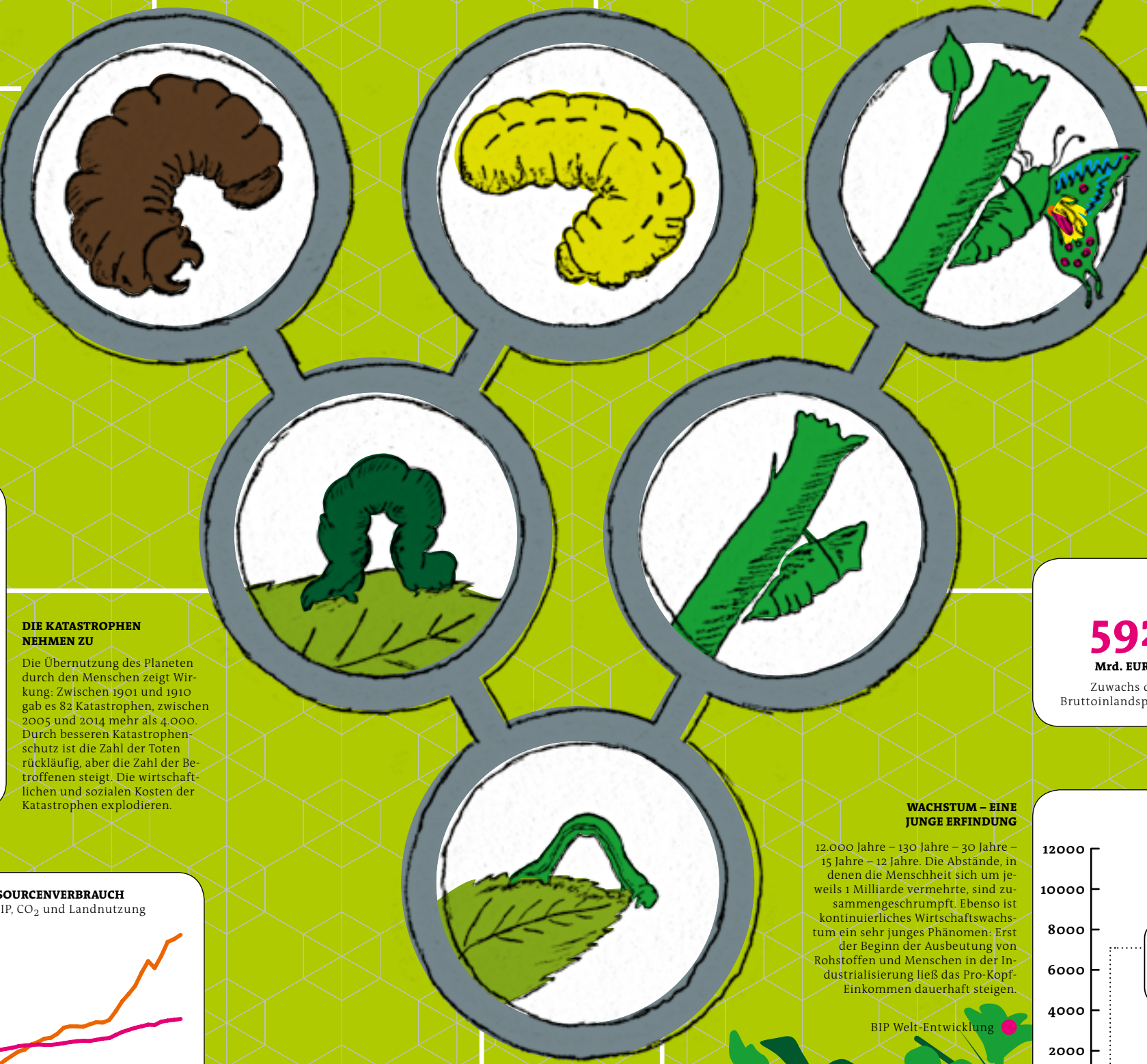
WOHLSTAND MESSBAR MACHEN
Um Wohlstand zu messen, hat die britische New Economics Foundation den „Happy Planet Index“ veröffentlicht. Der Index misst den Wohlstand anhand der Lebenserwartung, der Lebenserwartung und des ökologischen Fußabdrucks.



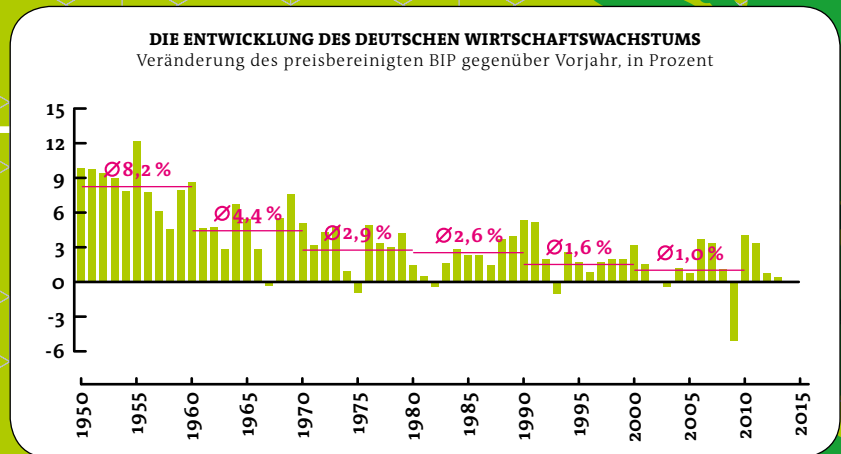
PASST UNSER LEBENSSTIL AUF DEN PLANETEN?
Die Menschheit nutzt heute die Kapazität von 1,5 Planeten, um genügend Rohstoffe für unseren Lebensstil bereitzustellen und unsere Abfälle zu absorbieren. Wenn sich die aktuellen Bevölkerungs- und Konsumtrends fortsetzen, werden wir ab 2030 die Ressourcen von zwei Erden brauchen, um unseren Lebensstil zu halten. Rohstoffe schneller in Abfälle zu verwandeln als Abfälle zu Rohstoffen zu recyceln führt in die Sackgasse.



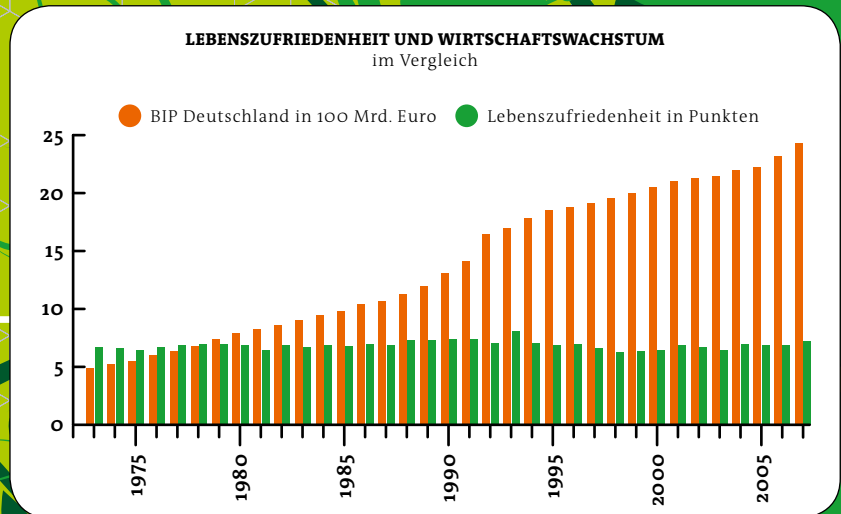
DIE KATASTROPHEN NEHMEN ZU
Die Übernutzung des Planeten durch den Menschen zeigt Wirkung: Zwischen 1901 und 1910 gab es 82 Katastrophen, zwischen 2005 und 2014 mehr als 4.000. Durch besseren Katastrophenschutz ist die Zahl der Toten rückläufig, aber die Zahl der Betroffenen steigt. Die wirtschaftlichen und sozialen Kosten der Katastrophen explodieren.



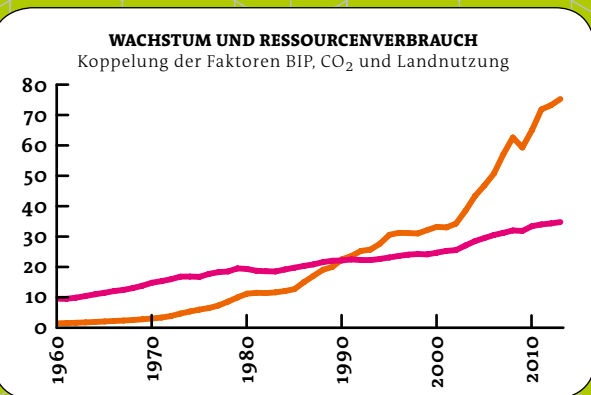
DAS ENDE DES WACHSTUMS
Die Wachstumsraten der Nachkriegszeit können wir nie wieder erreichen. Und das wegen einfacher Mathematik: 1950 lag das deutsche Wirtschaftsvolumen bei etwa 50 Milliarden Euro, das Wachstum betrug 10%. 2010 lag das Wirtschaftsvolumen bei 2,5 Billionen Euro und unsere Wirtschaft wuchs um etwa 1%. Wenn unsere Wirtschaft heute um nur ein Prozent wächst, dann ist das in Euro immer noch mehr, als zehn Prozent im Jahr 1950 ausmachten.



WACHSTUM AUF PUMP
Die goldenen Zeiten sind vorbei: Schon heute wachsen wir nur noch auf Kosten der Umwelt und künftiger Generationen. Das Wachstum ist auf Pump finanziert. Das Verrückte: Während die Wirtschaft immer weiter wächst, wächst die Lebensqualität nicht mit.



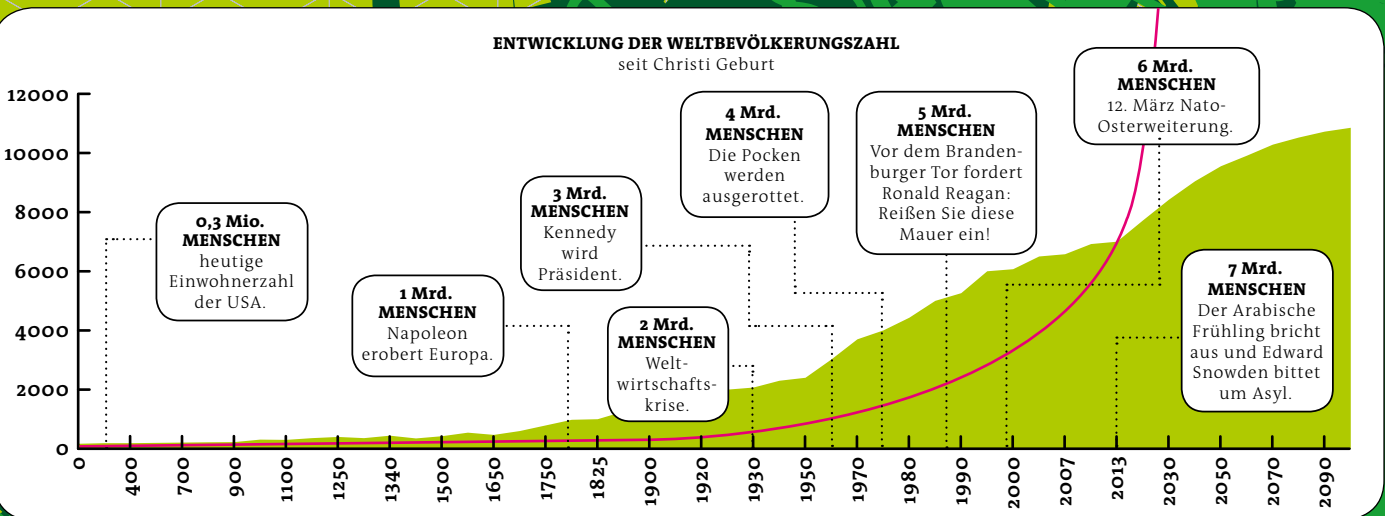
10 JAHRE WACHSTUM
2003 bis 2013
592 Mrd. EURO Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts
686 Mrd. EURO Zuwachs der Staatsverschuldung



CO₂ UND BIP: DIE SIAMESISCHEN ZWILLINGE
Steigende Konjunktur schafft neue Gebäude und Fabriken, mehr Autos und neue Infrastruktur. Auch wenn die Wirtschaft kriselt, bestehen diese Dinge fort und stoßen weiter Treibhausgas aus. Berechnungen zeigen: Ein Punkt Wirtschaftswachstum führt zu einem Anstieg der CO₂-Emissionen um 0,733% pro Kopf. Ein ebenso großer Rückgang der Wirtschaft verringert die Emissionen jedoch nur um 0,43%.

WACHSTUM – EINE JUNGE ERFINDUNG

12.000 Jahre – 130 Jahre – 30 Jahre – 15 Jahre – 12 Jahre. Die Abstände, in denen die Menschheit sich um jeweils 1 Milliarde vermehrt, sind zusammengeschrumpft. Ebenso ist kontinuierliches Wirtschaftswachstum ein sehr junges Phänomen. Erst der Beginn der Ausbeutung von Rohstoffen und Menschen in der Industrialisierung ließ das Pro-Kopf-Einkommen dauerhaft steigen.



Quelle: Eurobarometer und German Socio-Economic Panel
Angen: Blühdorn, Februar 2010 | United Nations, Oktober 1999 | IFR, ICFP
Statistisches Bundesamt | www.fotoprinterwerk.org/atlac

„WIR BRAUCHEN EIN SELEKTIVES, SOZIALES WACHSTUM“

Arbeitslosigkeit und Selbstmorde: Solche Folgen hat in Griechenland die fatale Schrumpfung der Wirtschaft. Professor Klaus Dörre, Direktor des Jenaer Postwachstums-Kollegs, erklärt, warum neue gesellschaftliche Strukturen notwendig sind, wenn Wachstumskritik wirken soll.

Interview: NICK REIMER

Herr Dörre, was können wir für die Idee einer Postwachstums-Gesellschaft aus der derzeitigen Situation in Griechenland ablesen?

Klaus Dörre: Griechenland ist zunächst einmal eine kapitalistische Gesellschaft mit strukturellem Wachstumszwang. Wächst auf dieser Basis die Wirtschaft nicht – in Griechenland nun schon seit sieben Jahren nicht mehr –, hat das dramatische Folgen: 27 Prozent Arbeitslosigkeit, über 50 Prozent Jugendarbeitslosigkeit, ein Rekordanstieg bei den Selbstmordraten ...

Das muss für einen, der sich wie Sie mit „Postwachstum“ befasst, doch traumatisch sein: Nichts wächst, und es wird katastrophal!

Wenn das Szenario eine kapitalistische Gesellschaft betrifft, dann ist das so. Griechenland ist eingebaut in ein Mehr-Ebenen-System von kapitalistischen Gesellschaften, daran ändert auch die linksgerichtete Regierung der Syriza nichts. Ich finde nicht, dass das traumatisch ist. Es schärft vielmehr die Sinne: Wer über Postwachstum nachdenkt, muss über grundlegende strukturelle Änderungen der Gesellschaft nachdenken. Er muss eine positive Utopie schaffen.

Trotz Syriza stellt in Griechenland aber niemand den Kapitalismus grundlegend in Frage. Warum nicht?

Weil die Gesellschaft noch erstaunlich stabil ist. Wir stellen einen Bedeutungszuwachs bei der informellen gesellschaftlichen Interaktion fest. Und das ist für die Postwachstums-Forschung durchaus interessant: Ärzte behandeln aus dem Sozialsystem Herausgefallene nach Feierabend, es gibt einen geldlosen Warenverkehr über Tauschringe, also eine Naturalwirtschaft. Man darf das nicht verklären, aber es haben sich Elemente einer genossenschaftlichen, sozialen Ökonomie herausgebildet.

Was also ist notwendig?

Ich glaube nicht, dass es möglich sein wird, in naher Zukunft komplett auf Wirtschaftswachstum zu verzichten. Also brauchen wir das richtige Wachstum, ein selektives, soziales Wachstum. Wir müssen die strukturellen Wachstumstreiber beschneiden, die Jagd nach zusätzlicher Produktivität – also das stetige Ersetzen von Menschen durch Maschinen, bei dem jetzt ein Schub durch



Die Akropolis gemalt von Leo von Klenze: Das antike Griechenland gilt als demokratisches Ideal, Wachstum stand damals nicht im Vordergrund.

die weitere Digitalisierung bevorsteht. Stattdessen müssen wir das Wachstum der „Sorge-Arbeit“ stärken: Die Pflege der alten und die Ausbildung der jungen Menschen kann schließlich nicht von Robotern übernommen werden.

Konkret: Wie soll das gehen?

Wir brauchen eine Umverteilung aus den überproduktiven, exportorientierten Sektoren in die prekären, vermeintlich weniger produktiven – aber für das Wohlbefinden außerordentlich wichtigen – Sektoren. Bildung, Altenpflege, Sozial- und Gesundheitswirtschaft müssen finanziell deutlich besser ausgestattet werden.

Der deutsche Exportsektor schöpft seine Stärke doch aber genau aus dieser Quelle: der billigen Humandienstleistung.

Das ist der springende Punkt: Die Sozialbereiche wachsen in Deutschland viel zu langsam, weshalb wir immer stärker das kapitalistische Ausbeuten von Ressourcen erleben – das Gegenteil von Postwachstum. Deshalb brauchen wir ein Umsteuern auf ein selektives, soziales Wachstum.

Das führt aber nicht automatisch in eine Postwachstums-Gesellschaft. Braucht es dafür eine Revolution?

Es wäre ein erster Schritt. Die Postwachstums-Gesellschaft kann keine „stationäre Gesellschaft“ sein, in der es kein Wachstum mehr gibt. Wir brauchen das „richtige Wachstum“. Wenn beispielsweise ein neuer Krankheitsreger auftritt, dann muss der Forschungs- und Medizinbereich schnell wachsen.

Das Richtige muss wachsen, das Falsche wird am Wachstum gehindert?

Genau. Die Gesellschaft muss rational über Ressourcen-Einsatz, Investitionen und Wachstumsrichtung entscheiden. Das ist eine Qualität von Wirtschaftsdemokratie, die ich schon für revolutionär halte!

Klaus Dörre, Professor für Arbeits- und Wirtschaftssoziologie an der Universität Jena. Dörre forscht u.a. zur Kapitalismustheorie.



WIE LEBENSMITTEL GERETTET WERDEN

Food-Sharing ist mehr eine Sache der Moral als eines anderen Wachstumsmodells. Anders als behauptet trägt es kaum zu weniger Verschwendung bei. Damit weniger Lebensmittel auf dem Müll landen, müsste jeder bei sich selbst anfangen und intelligenter einkaufen, lagern und kochen.

Text: JÖRG STAUDE



Vom Wachstum zur Verschwendung: Millionen Tonnen Lebensmittel landen in der EU jährlich auf dem Müll.

Gerade gebackenes Brot, das nach Ladenschluss in den Abfall wandert. Obst und Gemüse, die nicht tafrisch aussehen und aussortiert werden, oder Lebensmittel mit überschrittenem Haltbarkeitsdatum, aber genießbar – bis zu 20 Millionen Tonnen Nahrungsmittel sollen in Deutschland jedes Jahr im Müll landen. Die griffige Zahl

wurde vom Journalisten Valentin Thurn in seinem Dokumentarfilm „Taste the Waste“ und in dem von ihm mitverfassten Buch „Die Essensvernichter“ verbreitet. Daraus entsprang die Initiative „Foodsharing“. Der Verein sammelt überschüssige Lebensmittel von Geschäften ein und verteilt sie kostenlos weiter.

Die Initiative legte ein ansehnliches Wachstum hin: Über 10.000 Ehrenamtliche haben sich nach ihren Angaben bereits angemeldet.

Tausende sammeln Lebensmittel in über 1.000 Betrieben ein. Mehr als 300 Botschafter koordinieren die „Foodsaver“. Bis Ende letzten Jahres sollen so Lebensmittel im Wert von drei Millionen Euro gerettet und verteilt worden sein.

Das scheint viel – der Gesamtumsatz des deutschen Lebensmitteleinzelhandels lag in den letzten Jahren aber ziemlich stabil bei 165 Milliarden Euro jährlich. Der Anteil der durch Foodsharing geretteten Lebensmittel bewegt sich höchstens im Promillebereich. Rechnet man den Aufwand zum Einsammeln und Verteilen hinzu, „spart“ die Gesellschaft durch das Konzept nur wenig an Wachstum ein.

SENSIBILISIERUNGS-KAMPAGNEN HELFEN

Angesichts dessen sieht der Journalist Wolf Lotter, Gründer des Wirtschaftsmagazins Brand Eins, im Foodsharing nur eine Nischenidee. Dennoch hält der Abfallforscher Dominik Leverenz die Praxis des Lebensmittel-Teilens für sinnvoll, weil es „junge Menschen“ erreiche. Die hohen Lebensmittelverluste stünden für die „Überflusgesellschaft“ und die „relativ geringe Wertschätzung“ von Lebensmitteln, sagt Leverenz. Einerseits litten große Teile der Weltbevölkerung an Hunger, andererseits landeten weltweit jedes Jahr 1,3 Milliarden Tonnen

Lebensmittel auf dem Müll. Bei der Reduzierung von Lebensmittelabfällen stehe Deutschland deshalb, so der Forscher, in einer besonderen ethischen und sozialen Verantwortung.

Foodsharing ist also mehr eine Sache der Moral denn eines anderen Wachstumsmodells. Leverenz veranschlagt übrigens – wie auch die aktuelle Auswertung der EU-Kommission – die Lebensmittelverschwendung in Deutschland nicht auf 20, sondern auf zehn bis zwölf Millionen Tonnen jährlich. Am meisten wird dabei nicht im Einzelhandel, sondern in den privaten Haushalten weggeworfen. Auch dagegen lässt sich etwas tun – ganz ohne Teilen.

Mit einer „Love Food Hate Waste“-Kampagne, die Informationen gegen häuslichen Lebensmittelabfall verbreitete – Rezepte, Lagerungsratschläge, ein Tagebuch zur Lebensmittelmüllfassung, ein kostenloses Tool zur Berechnung der richtigen Portionsgröße – wurden in Großbritannien in den letzten Jahren 13 Prozent der Lebensmittelabfälle vermieden.

Ums Sensibilisieren für das Problem geht es auch bei einem „Resourcenmanager“, den Leverenz für Hotels und Gaststätten konzipiert hat. Das Programm erfasst über eine angeschlossene elektronische Waage die Essensreste grammgenau und macht den Mitarbeitern das Problem bewusst.

DAS KAUFNIX-SPIEL

Jeden Monat neue Klamotten, jedes Jahr ein neues Handy, alle paar Jahre ein neues Auto. Ohne Shoppen geht es nicht in der kapitalistischen Konsumgesellschaft. Oder doch? Im Projekt „Ein Jahr ohne Zeug“ erproben Zeitgenossen ein privates Gegenmodell.

Text: JOACHIM WILLE

Die Idee zu dem Projekt „Ein Jahr ohne Zeug“ hatten die Berliner Christiane Schwausch und Ben Toussaint 2013. Es handelt sich um ein Gesellschaftsspiel der besonderen Art, bei dem die Mitspieler in einen freiwilligen Konsumstreik treten. Hauptziel ist es dabei, ein Bewusstsein zu schaffen für die oft unmenschlichen und ökologisch schädlichen Bedingungen, unter denen viele Produkte hergestellt werden – wie das für Textilien in Bangladesch, Handys in China oder Tropenholz-Möbel in Indonesien zutrifft. Es sollen Modelle für ein anderes Konsumverhalten ausgetestet werden.

Die Regeln sind einfach: Die Mitspieler dürfen 365 Tage kein „Zeug“ kaufen, also Gebrauchsgüter wie Klamotten, Handys, Möbel – und zwar weder neu noch gebraucht. Zwei „Joker“ für den Notfall allerdings gibt es. Sie dürfen eingesetzt werden, wenn etwas (subjektiv) Lebensnotwendiges kaputtgeht und nur durch Kauf beschafft werden kann. Ob es nun der MP3-Player ist, der Milchschaumer oder ein neues Bestseller-Buch. Die Joker sollen vor allem dazu anregen, genau zu prüfen, ob das jeweilige Produkt für einen selbst wirklich wichtig ist – oder nicht.

Schwausch und Toussaint betreiben in Berlin eine Kampagnenagentur. Sie starteten das

Projekt mit einer Facebook-Seite. Die Resonanz war unerwartet groß. 2.500 Interessierte haben die Seite inzwischen „geliked“. Fast täglich gibt es neue Debattenbeiträge zu Wachstums- und Konsumkritik, Ökologie oder Arbeitswelt. Schwausch schätzt, dass sich 2014 einige Hundert als Konsumverweigerer getestet haben.

WAS MAN BRAUCHT, IST MEIST SCHON DA

Wie waren die Erfahrungen? „Manchen ist das Nicht-Kaufen sehr schwer gefallen, anderen ganz leicht. Es war alles dabei“, sagt Schwausch. Der Kein-Zeug-Streik mache dem Einzelnen bewusst, inwieweit bestimmte Konsummuster bereits fester Teil des eigenen Lebens sind. Für viele, so die Juristin, sei das Projekt wie eine Expedition in die Überflussesgesellschaft gewesen. Die Mitspieler hätten erfahren, dass die benötigten Dinge oft schon vorhanden seien – im Freundeskreis, bei Nachbarn, in der Verwandtschaft. „Es liegt ungenutzt in Schubladen oder auf Dachböden herum.“ Man müsse nur „fragen, fragen, fragen“. Zur Not könnten Online-Tauschplattformen helfen. „Insgesamt gewöhnt man sich schnell an die Umstellung und macht positive Erfahrungen – man hat mehr Zeit, intensiviert Kontakte, wird kreativer.“

Die beiden Initiatoren glauben, dass es Projekte wie dieses braucht, um die Zwänge einer wachstumsfixierten Industriegesellschaft



Postwachstum fängt bei den ganz persönlichen Verhaltensmustern und Automatismen an, sagt Ben Toussaint.

zu durchbrechen. „Nach der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 sprachen sich in einer Allensbach-Umfrage acht von zehn Bundesbürgern für ein neue Wirtschaftsordnung aus“, erinnert der Ökonom Toussaint. Die Ziele waren: Umweltschutz stärken, sorgsamer Umgang mit Ressourcen, stärkerer sozialer Ausgleich in der Gesellschaft. Aber: „Geschehen ist praktisch nichts.“ Toussaints Analyse: Wachstum gilt als Dogma, die Zusammenhänge von Konsum, Umwelt und Ausbeutung sind zu komplex, und vor allem:

„Der Mensch ist ein Gewohnheitstier. Er greift auf gewohnte Verhaltensmuster und Automatismen zurück, um den Alltag zu bewältigen.“

Toussaint glaubt, um einen nachhaltigen Lebensstil salonfähig zu machen, sei es wichtig, Menschen, die sich verändern wollen, einen entsprechenden Anreiz zu geben und sie miteinander zu verknüpfen. Dazu diene das Projekt. Denn: „Als Einzelkämpfer ist es schwierig, da wird man gerne in die Aussteiger- und Hippie-Ecke gestellt.“

FIRMEN, DIE NICHT WACHSEN WOLLEN

Eine Postwachstumsökonomie gibt es nicht nur in der Theorie. Schon heute versuchen Unternehmen dem Zwang zum ewigen Wachstum zu entkommen – mit einigem Erfolg. Auch wenn die Wege und Motive zum Teil recht unterschiedlich und die Grenzen zur Nachhaltigkeit fließend sind.

Text: SUSANNE GÖTZE



Vom Nachdenken zum Handeln: Dieses Monument steht in Katars Hauptstadt Doha. Die Welt versucht unser Wachstumsmodell zu kopieren.

Das Wachstum des deutschen Bruttoinlandsprodukts oder der Weltwirtschaft aus sozialen oder ökologischen Gründen zu kritisieren ist einfach. Viel spannender wird die Debatte, wenn es um die Akteure des Wachstumspokers geht: die Unternehmen.

Auch wenn es nachhaltige Unternehmen – oder jene, die es vorgeben – mittlerweile in großer Zahl gibt, haben diese nicht unbedingt etwas dagegen zu expandieren. Das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) in

Berlin hat in einer Studie deshalb jene Unternehmen unter die Lupe genommen, die sich explizit als wachstumskritisch bezeichnen. Die Wissenschaftler fanden heraus, dass viele Firmen ihre wachstumskritische Haltung vor allem mit ökologischen und sozialen Prinzipien begründen. Dabei geht es einerseits um regionale Wertschöpfung und ökologische Produktionsweisen, andererseits aber auch um den gesellschaftlichen Nutzen der Produkte. Nicht Quantität steht obenan, sondern Qualität.

Etwas Ähnliches schlägt der renommierte französische Wachstumskritiker Serge Latouche in seinem gerade erschienenen Buch

„Es reicht!“ vor. Auch Latouche plädiert dafür, die Wirtschaft mit einer Mischung aus Schrumpfung und Regionalisierung neu zu organisieren.

Die Wachstumsforscher des IÖW sehen aber auch die Sozialpolitik in den – sämtlich inhabergeführten – Unternehmen als entscheidend an. So müssten sich diese bewusst gegen die gängige kapitalistische Ausbeutungslogik stellen, die mit dem Wachstum verbunden ist.

Bei der bayerischen Brauerei Neumarkter Lammsbräu garantieren beispielsweise die Verträge mit Zulieferern, dass die Bauern der Region mit festen Preisen und stabilen Abnahmemengen rechnen können. Auch im Unternehmen selbst werde ständig an der Mitarbeiterzufriedenheit gearbeitet, meint Unternehmenschefin Susanne Horn. So würden Kinderbetreuungsmöglichkeiten angeboten und familiengerechte Verträge aufgesetzt. Zudem solle man dafür „dass die Angestellten einen Bezug zu ihrem Produkt haben“.

Doch ist soziale oder ökologische Nachhaltigkeit auch immer gleich wachstumskritisch? „Ja – weil wir schlicht auf einen Teil unseres Gewinnes verzichten“, sagt Horn. „Wir wirtschaften unseren ohnehin schon geringeren Profit nicht nur in die eigene Tasche, sondern setzen auch viel Geld für nachhaltige Projekte ein.“ So gebe man der Gesellschaft und der Umwelt etwas zurück.

„Im Idealfall handeln diese Unternehmen insgesamt vernünftig, und zwar durch den Dreisatz von Effizienz, Konsistenz und Suffizienz, der sie zu einem ‚Besser statt Mehr‘ führt“, erläutert Studien-Leiterin Jana Gebauer vom IÖW. Unter anderem erhöhen die Unternehmen Qualität, Langlebigkeit und Wiederverwendbarkeit ihrer Produkte. Und sie verbinden den Verkauf mit Beratung, Reparaturangeboten und der aktiven Einbeziehung der Konsumentinnen, so die Unternehmensforscherin.

Viele der vom IÖW untersuchten Unternehmer gaben aber auch an, aus Gründen der Entschleunigung nicht mehr wachsen zu wollen. Sie wollen sich besser um die Mitarbeiter kümmern, lieber das gute Klima im Team erhalten, als noch mehr Stress zu produzieren – oder haben einfach keine Lust, auch noch am Abend im Büro zu sitzen.



Foto: Nick Reimer

Zehn-Punkte-Plan für „Degrowth“ vorgestellt

Zurzeit erfährt eine neue, junge linksalternative Bewegung in Europa großen Zuwachs, von Spanien und Katalonien bis nach Griechenland, Slowenien oder Kroatien. Nach Ansicht europäischer Degrowth-Forscher ist noch unklar, ob diese Bewegung auch „grün“ sein wird und ein kooperatives, wachstumskritisches Wirtschaftsmodell anstrebt oder ob sie – wie die neue Linke in Lateinamerika – die expansive Logik weiterführen will, wobei multinationale Konzerne durch Staatsfirmen ersetzt und nur die „Brotkrumen“ gleichmäßiger verteilt werden. Das Netzwerk Research & Degrowth hat vor dem Hintergrund der Erfahrungen und Debatten in Spanien zehn Vorschläge für grüne und linke Bewegungen und Parteien in Europa erarbeitet (*degrowth.org*).

Frankfurter Umweltpreis für „Transition Town“

Den mit 1.000 Euro dotierten 14. Frankfurter Umweltpreis erhält die Transition-Town-Initiative in Frankfurt am Main. Die Jury der Carl-und-Irene-Scherrer-Stiftung, die soziales und ökologisches Engagement in der Region fördert, entschied sich in diesem Jahr für das Transformations-Bündnis „Transition Towns“, übersetzt „Städte im Wandel“, ist eine aus Großbritannien stammende Bewegung für eine Gesellschaft, die nicht auf Ressourcenausbeutung beruht und trotzdem allen ein gutes und friedliches Leben ohne Mangel ermöglicht. Dafür wollen die Frankfurter, die sich an Permakultur-Prinzipien orientieren, vor Ort Gruppen, Organisationen und die Kommunalpolitik vernetzen (*transition-town-frankfurt.de*).

1,6 Millionen Unterschriften gegen TTIP

Nachdem Kritiker von TTIP und Ceta europaweit fast 1,6 Millionen Stimmen gegen die geplanten Freihandelsabkommen mit den USA und Kanada gesammelt haben, reagiert die Politik. Ende Februar diskutierten in der Berliner SPD-Zentrale Bundeswirtschaftsminister Gabriel und EU-Handelskommissarinin Malmström mit Gewerkschaftern und Wirtschaftsvertretern über „Chancen und Risiken“ des Freihandels. Gabriel versprach eine „offene und sachliche Debatte“, warf den TTIP-Gegnern aber vor, nur „PR“ zu betreiben. Weil ihre Registrierung als Europäische Bürgerinitiative abgelehnt wurde, klagen die TTIP-Kritiker vor dem EU-Gerichtshof und sammeln nun selbstorganisiert Unterschriften, unterstützt von 300 Organisationen (*stop-ttip.org*).



Foto: Mehr-Demokratie.de

300 Milliarden mehr durch Ressourceneffizienz

Die EU-Finanzminister haben im März für die milliardenschwere Wachstumsinitiative von EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker gestimmt. Der WWF befürchtet weiteres „schmutziges Wachstum“, das die Gemeinschaft teuer zu stehen kommen würde. Die Folgen des Klimawandels und der fossilen Energieerzeugung würden zu hohen Folgekosten für die Volkswirtschaften führen, etwa durch die Luftverschmutzung oder durch mehr Hochwasserkatastrophen. Laut einem am 10. März vorgestellten WWF-Report könnte Europa allein durch mehr Ressourceneffizienz jährlich rund 300 Milliarden Euro erwirtschaften – das ist annähernd jene Summe, die der Kommissionspräsident in seinem Investitionspaket in Bewegung setzen will (*wwf.de*).

IMPRESSUM

Herausgeber:

Damian Ludewig, Geschäftsführer, Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e.V.;

Michael Müller, Vorsitzender, NaturFreunde Deutschlands e.V.

Christel Schroeder, Präsidentin, EuroNatur Stiftung;

Jörg Sommer, Vorstandsvorsitzender, Deutsche Umwelstiftung;

Dr. Hubert Weiger, Vorsitzender, BUND e.V.;

Dr. Martin Held, Gesprächskreis Die Transformateure – Akteure der Großen Transformation

Redaktion:

Nick Reimer (V.i.S.d.P.), Susanne Götz, Matthias Bauer, Sandra Kirchner

Layout

Alexander Seeberg-Elverfeldt, Entwicklung; Adrien Tusic, Gestaltung; Jennifer Kalisch, Infografik
Dr. Kai Niebert, Fakultät Nachhaltigkeit, Leuphana Universität Lüneburg, Konzeption Infografik

Verlag:

movum erscheint im GutWetter Verlag UG (haftungsbeschränkt)

Marienstraße 19/20, 10117 Berlin, Tel.: +49 (0)30 24632232, www.gutwetterverlag.de, Geschäftsführer: Marco Eisenack

Registergericht: Amtsgericht Charlottenburg, NR-Nr.: HRB 118470 B. Der Verlag haftet nicht für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos.

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, Aufnahme in Onlinedienste sowie Vervielfältigung auf Datenträgern nur nach Genehmigung des Verlages.

movum erscheint als kostenlose Beilage in Kombination mit dem Wirtschaftsmagazin enorm, www.enorm-magazin.de

movum liegt exklusiv, regelmäßig und kostenlos dem Wirtschaftsmagazin enorm bei, www.enorm-magazin.de.

Mitglieder der herausgebenden Verbände beziehen das enorm-Abo inkl. movum zum Vorzugspreis von 33,75 Euro statt 45 Euro (6 Ausgaben p.a.).

Weitere Informationen unter www.movum.info/kombi-abo

Auflage: 30.000 Exemplare

Die movum-Ausgaben können Sie kostenlos bestellen:
bestellung@naturfreunde-verlag.de

oder per Post: Naturfreunde-Verlag Freizeit und Wandern GmbH
Warschauer Str. 58 a + 59 a, 10243 Berlin

Debatten zu
den Themen dieser
Ausgabe unter:
www.Briefe-zur-Transformation.de

Die Verantwortung für den
Inhalt dieser Veröffentlichung liegt
bei den AutorInnen.

